

N O T I Z E N

aus der 39. Sitzung des Bundesrates vom 9. Juni 1967

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Bonvin
Abwesend: niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 05

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Lage im Nahen Osten

Herr Spühler führt aus, der politische Aspekt der Lage liege in den Schwierigkeiten, welche die Sowjetunion trifft, wegen der Situation in China und ihrer Haltung zu den USA. Sie hat feststellen müssen, dass das stillschweigende Abkommen mit der USA keine Früchte trägt und dass der Vietnamkonflikt weiter geht. Deshalb hat sie gerne die Gelegenheit benützt, sich im Konflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel eine günstige Position zu schaffen. Dabei hat sie sich aber offensichtlich verrechnet. Sie hat aus der zahlenmässigen Uebermacht geschlossen, dass sich die Situation für Israel ungünstig gestalten werde. Oeffensichtlich arbeitet die kollektive Führung langsam und muss auf die verschiedensten Widersprüche bedacht nehmen. Man weiss nicht, wie weit Gromyko die Fäden in Kairo gespannt hat. Auch in diesem Fall zeigte sich ein innerer Widerspruch. Auf der einen Seite die Deklamation in der Oeffentlichkeit und auf der andern Seite der Versuch, auf dem Wege der Diplomatie die Araber zur Mässigung zu bringen. Es kommt dazu, dass die Israeli ganz anders in der Lage sind, die modernen Kriegsmaschinen einzusetzen, als die Araber. Sie haben bewiesen, dass sie allein im Stande sind, den Sieg zu erringen. Damit ist die Spekulation der Russen nicht aufgegangen. Man hat wieder einmal erkennen können, dass sie nicht bereit sind, zum Letzten zu greifen. Beide Supermächte schrecken zurück vor dem Einsatz der atomaren Waffen. Die Situation ist wieder durch das Gleichgewicht des Schreckens gerettet worden. Die Sowjetunion hat eine diplomatische Niederlage erlitten. Es ist selbstverständlich, dass die Russen nun versuchen werden, mit den Arabern auf dem diplomatischen Felde erneut zu Erfolgen zu kommen. Es sieht so aus, wie wenn man in diesem Teil der Welt für ein Dezenium Ruhe bekäme. Ob aber die Araber einverstanden sind, das hängt weitgehend von den Russen ab.

Der Sprechende gibt nun einen Ueberblick über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der kriegführenden Staaten vor allem mit den USA und Grossbritannien. Die Schweiz wurde am 6. Juni angegangen, die Interessen Grossbritanniens in Syrien zu vertreten. Die Uebernahme dieses Auftrages wurde durch Präsidentialverfügung entschieden, nachdem sich Syrien einverstanden erklär



hat. Am 7. Juni hat Israel um Uebernahme der diplomatischen Vertretung in Guinea ersucht. Bisher fehlt eine Antwort. Weitere Gesuche stellten die USA für Algerien und Grossbritannien gegenüber Marokko, für den Fall, dass die Beziehungen abgebrochen werden sollten. Der Sprechende ersucht den Bundesrat damit einverstanden zu sein, dass auch diese und weitere Gesuche durch Präsidialverfügung erledigt werden. Offensichtlich sind ja Leib und Gut von Amerikanern und Britten in vielen dieser Staaten bedroht.

Herr Spühler erwähnt nun weitere Staaten, an welche Schutzmandate erteilt wurde, u.a. vertritt Spanien die amerikanischen Interessen in der VAR, während die VAR ihr Mandat an Indien gegeben hat. Der Generalsekretär der UNESCO hat telegraphisch unter Berufung auf das Haagerabkommen für Kulturgüterschutz angefragt, ob wir bereit wären, den Kulturgüterschutz durch Ernennung von Generalkommissären zu übernehmen. Nach dem Abkommen kann unter gewissen Voraussetzungen ein neutraler Staat ersucht werden, die Funktion der Schutzmacht zu übernehmen. Herr Spühler hat telegraphisch die Bereitschaft der Schweiz erklärt.

Es haben auch Demarchen seitens der arabischen Länder stattgefunden. Am 6. Juni sind sämtliche 8 Botschafter bei Herrn Spühler erschienen. Sprecher war der libanesische Botschafter. Dieser habe über den Standpunkt der arabischen Staaten orientiert. Er habe erklärt, dass wir uns nicht neutral verhalten. Dabei verwies er auf Erklärungen von Parlamentariern, auf Presseberichte und die Einstellung der öffentlichen Meinung. Der Vorsteher des EPD klärte ihn darüber auf, dass ein Unterschied zu machen sei zwischen der neutralen Haltung des Bundesrates und der Einstellung des Bürgers. Er habe auch versucht zu erklären, weshalb die öffentliche Meinung zu dieser Einstellung gekommen sei. Es handle sich ^{bei Israel} um einen Kleinstaat, der sich gegen eine Uebermacht habe wehren müssen; auch habe die Erinnerung der Vernichtung der Juden mitgespielt. Die arabischen Staaten haben sich auch aufgehalten über die Stelle in der Erklärung des Bundesrates, wonach ein Kleinstaat auf sich selbst angewiesen sei. Herr Spühler hat diesem Vorhalt pariert durch den Hinweis, dass man von einem "neutralen Kleinstaat" gesprochen habe, was sich natürlich auf die Schweiz beziehe.

Der Sprechende hatte auch den privaten Besuch des tunesischen Botschafters. Dieser habe damals schon die Niederlage Nassers vorausgesehen. Die Tunesische Regierung sei von den Ereignissen im eigenen Lande überrascht worden. Sie habe geglaubt, alles in der Hand zu haben.

Der Herr Bundespräsident nimmt an, dass der Bundesrat die Präsidialverfügungen in dieser Sache genehmigen werde.

Herr Gnägi orientiert über den Flugverkehr zu den kriegführenden Länder und über die Oelzufuhr.

Herr Spühler bemerkt, die PTT habe zu früh erklärt, dass sie den Postverkehr mit Israel eingestellt hat. Man soll sie darauf aufmerksam machen, dass sie vor solchen Entscheidungen das EPD zu konsultieren habe.

- 3 -

Herr Schaffner hat veranlasst, dass die Brennstoffhändler und die Wiederverkäufer von Brennstoff aufgebieten werden, weil sie die Wiederbeschaffungspreise jetzt schon auf den Preis schlagen wollen. Er versuche mit diesen Leuten zu verhandeln. Er werde ihnen androhen, wenn sie nicht Zurückhaltung üben, dann werde man eine Vorlage an die Räte richten zur Einführung der Preisüberwachung, womit auch das Recht zur Preisfestsetzung verbunden sei. Er werde mit diesen Herren etwas Traktur reden, wenn der Bundesrat damit einverstanden sei. Allerdings werde man nicht viel machen können gegen die Preiserhöhungen der Grosslieferländer.

Schriftliche Anträge

Bundeskanzlei

Angelegenheit Les Rangiers, Schreiben an Untersuchungsrichter Drexler

Herr Gnägi stellt fest, dass der Bundesrat sich mit der Annahme der Einladung durch Herrn Chaudet einverstanden erklärt habe. Es habe sich somit um eine richtige Delegation gehandelt.

Herr Tschudi findet, man müsse das ganze Schreiben etwas anpassen. Es sei zu vage abgefasst und sollte auch gekürzt werden.

Herr Schaffner ist ebenfalls der Meinung, dass es sich um ein offizielles Mandat handelte. Wenn der Bundesrat erkläre, man überlasse es einem Mitglied, an einen Anlass zu gehen, so liegt darin eine Ermächtigung.

Beschluss: Die BK soll einen neuen gekürzten Entwurf vorlegen, worin festgestellt wird, dass Herr Chaudet die Einladung vorgebracht habe und dass der Rat seine Zustimmung gegeben hätte. Herr Chaudet sei also Vertreter des Bundesrates.

Herr von Moos präzisiert noch, dass Herr Chaudet direkt eingeladen worden sei, ist aber sonst mit der Auffassung der übrigen Herren einverstanden.

Politisches Departement

Technische Zusammenarbeit mit dem Kamerun, Beitrag von Fr. 600'000.- für die landwirtschaftliche Schule Douala

Herr Schaffner stellt fest, dass wir in nächster Zeit einer gewissen Misstimmung in der Entwicklungshilfe zu begegnen haben werden. Wir müssen den Ländern, die Waffen kaufen, etwas auf die Hände schauen. Unser Volk versteht es nicht, wenn man Staaten hilft, die für Kriege gegen Nachbarn Geld haben, aber ihr Volk barfuss herumlaufen lassen. Sehr schwierig werde die Sache für Indien werden, nachdem Frau Gandhi den Golf von Akaba als ägyptisches Innengewässer erklärt hat. Man werde aufpassen müssen, dass die Entwicklungshilfe durch solche Vorfälle nicht diskreditiert wird.

Herr Spühler bemerkt, dass diese Frage im Ständerat aufgeworfen wurde. Dort wurde ganz offensichtlich aus der Aufregung des Momentes den Antrag gestellt, die Entwicklungshilfe an Algerien zu streichen. Herr Clerc habe dann etwas zur Vernunft gemahnt. Der Sprechende habe dann darauf hingewiesen, dass die Entwicklungshilfe nicht nur für den Augenblick diene, sondern eine langfristige Angelegenheit sei. Auf Staaten, die Krieg führen, ohne ein staatliches Interesse zu verteidigen zu haben, werde man besonders aufpassen. In diesen Fällen handle es sich um ein echtes Problem.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass man eine begonnene Hilfe nicht gut abbrechen könne. Für neue Hilfsmassnahmen könne man Staaten, die den Krieg über die Grenzen hinausführen, ohne angegriffen zu sein, ausnehmen.

Nationalisierungsverhandlungen mit der Tschechoslowakei

Herr von Moos setzt voraus, dass man die Frage geprüft habe, ob die Genehmigung der eidgenössischen Räte einzuholen sei. Dies sollte man in Zweifelsfällen tun.

Herr Spühler erklärt, soweit er im Bilde sei, habe man die Frage geprüft. Er wolle aber noch mit seinen Mitarbeitern sprechen.

Herr Schaffner stellt fest, dass das Ganze eher den Charakter einer Durchführungsmassnahme zu einem früheren Abkommen habe.

Departement des Innern

Methoden der Strassenrechnung

Herr Tschudi erklärt sich mit dem Vorschlag des FZD einverstanden.

Herr Gnägi kann ebenfalls zustimmen. Im Hinblick auf die vielen Differenzen wäre es gut, wenn man zuerst die 3 Abteilungen beauftragen würde, eine Klärung vorzunehmen und erst dann die Angelegenheit in der bundesrätlichen Delegation besprechen würde. Er beantrage, dass man nicht nur die Strassenrechnung, sondern auch die Tunnelgebühren und die Eingabe des Kleinen Rates von Graubünden bespreche.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass eine Kommission besteht, die Aufschluss geben wird über neue Finanzierungsmassnahmen bei den Nationalstrassen.

Herr Gnägi hat den Eindruck erhalten, dass die Differenzen sehr gross sind und dass Herr Redli und Herr Ruckli keine Gebühren wollen. Diese Herren verzögern die Erledigung der Angelegenheit.

Herr Tschudi bemerkt, dass die Strassenrechnung mit den Gebühren nichts zu tun hat. Herr Redli sei der Meinung, es gehe mehr um die Grundsatzfrage, was in die Strassenrechnung hinein müsse. Das EDI verhalte sich passiv. Der Sprechende sei skeptisch im Hinblick auf die Buchhaltung. Er könne sich mit dem vorgeschlagenen Vorgehen abfinden.

Was die Eingabe von Graubünden betrifft, so habe Herr Redli erklärt, dass man dazu Stellung nehmen werde. Diese Eingabe sei nicht gerade logisch. Graubünden habe in seine Berechnung den ganzen Strassenunterhalt einbezogen, als ob der Kanton nicht eine Unterhaltungspflicht für die Strasse ausserhalb des Tunnels hätte. Es sei richtig, dass die Sache eile, weil die Eröffnung des Bernardintunnels auf den Dezember vorgesehen sei.

Herr Gnägi erklärt, dass in der ganzen Angelegenheit eine richtige Führung fehle.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, die Strassenrechnung habe etwas sehr hypotetisches, man sollte sie deshalb separat erledigen. Er werde auf die nächste Sitzung Auskunft geben über die Tätigkeit der erwähnten Kommission.

Herr Celio stellt fest, dass er Mitglied der Kommission Jöhr gewesen sei. Alle seien der Meinung gewesen, dass die Strassenrechnung nicht viel nützt. Allerdings stehe sie jetzt im Gesetz. Man müsse sich aber fragen, ob wir mit einer Strassenrechnung aufrücken wollen, die nur der Wissenschaft etwas nützt. Der Sprechende neige grundsätzlich zu einer einfachen Rechnung. Die vorliegende Strassenrechnung habe nur die eine Konsequenz, dass ein grosser Druck der Automobilverbände entstehen wird.

Der Herr Bundespräsident fragt, ob man die Strassenrechnung jetzt publizieren müsse, oder ob man bis nächstes Jahr warten könne?

Herr Tschudi erwidert, dass die Automobilisten wissen, dass diese Rechnung für sie günstig ist. Sie haben deshalb auch geschrieben, dass sie erwarten, dass die Rechnung publiziert wird. Der Sprechende hält es nicht für ausgeschlossen, dass man die Veröffentlichung noch einige Zeit verzögern kann. Weil das aber im Gesetze steht und die Automobilisten wissen, dass die Prüfung abgeschlossen ist, sollte man sich bald entscheiden.

Herr Gnägi ist überrascht über die Beurteilung der Strassenrechnung durch Herrn Celio. Die Strassenrechnung sei von der Kommission Jöhr gemacht. Man könne nicht einfach Professor Meyer damit diskreditieren. Der Sprechende stellt fest, dass der Bericht von keinem der Departementschefs, sondern von ihren Mitarbeitern geschrieben sei. Diese Herren sollen nun die Punkte herausarbeiten, über die dann der Bundesrat seinen politischen Entscheid treffen kann.

Herr Schaffner erklärt, dass wir mit der Strassenrechnung den Strassenleuten ein Instrument in die Hand geben, das gegen uns verwendet werden kann. Nun muss die Sache möglichst heruntergespielt werden, und es muss festgestellt werden, dass es sich um eine höchst kontroverse Angelegenheit handle. Er sei nicht dafür, dass man die Beamten zusammensitzen lässt, denn diese werden nicht zu einer Einigung kommen. Jetzt müsse die politische Führung her, und man müsse ihnen sagen, was wir wollen. Sie müssen den Weg suchen, um die Sache herunterzuspielen, damit wir mit einem blauen Auge davon kommen. Man soll auch dafür sorgen, dass die Geschichte nicht mehr dieses Jahr zur Behandlung kommt.

- 6 -

Herr Gnägi erwidert, der Bericht selbst sei kontrovers, die drei zuständigen Chefbeamten sollen zusammensitzen und uns sagen, wo die Differenzen liegen.

Der Herr Bundespräsident fasst das Ergebnis der Beratung wie folgt zusammen. Die Departementschefs des EDI, FZD und VED sollen die zuständigen Chefbeamten zusammennemen und ihnen mitteilen, welches die politische Absicht des Bundesrates ist. Man soll ihnen sagen, dass man einen Bericht wünsche, der uns bei der Finanzierung der Strassen nicht schaden kann.

Justiz- und Polizeidepartement

Kleine Anfrage Deonna vom 27. Februar 1967

Herr von Moos teilt mit, dass Herr Nicolet uns seine Stellungnahme geschickt habe. Der Sprechende habe Punkt für Punkt der Antwort kontrolliert um zu schauen, ob eine Aenderung nötig sei. Der Text sei aus der Zusammenarbeit der drei interessierten Departemente entstanden. In der Mitte des ersten Absatzes sollte der Text geändert werden. Es muss heissen: "Kein Einfluss auf ihre Geschäftsführung ausübt".

Volkswirtschaftsdepartement

Fédération romande des consommatrices, betr. Preise der landwirtschaftlichen Produkte

Herr Spühler fragt, ob diese Antwort wirklich durch den Bundesrat erteilt werden müsse.

Herr Schaffner erwidert, dass es sich um die Erläuterung eines Entscheides des einstimmigen Bundesrates handle, und dass die Landwirtschaftspolitik Sache des Bundesrates sei.

Herr Celio regt folgenden Ausweg an: Das EVD könnte erklären, dass es im Einverständnis mit dem Bundesrat folgende Antwort gebe.

Herr Schaffner findet diese Lösung unökonomisch und stellt fest, dass der Bundesrat schon eine ganze Zahl solcher Antworten gegeben habe. Wenn er vom Departement aus antworten müsse, dann werde er die Gelegenheit wahrnehmen, einmal in Departementspolitik zu machen und keine so ausgewogene Antwort geben.

Es wird beschlossen, dass die Antwort vom Bundesrat ausgeht und vom Bundeskanzler unterzeichnet wird.

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

"Intercontainer", Gründung einer "Société internationale pour le transport de marchandises par transcontainers"

Herr von Moos erkundigt sich, welche Stellung das EVD zum Mitbericht des JPD einnehme.

- 7 -

Herr Gnägi erklärt, den Bericht zurückzunehmen und ihn samt dem Mitbericht des JPD an die SBB zu schicken, damit das juristische Problem studiert wird.

Herr Tschudi bemerkt, dass ein Weg gefunden werden müsse, damit diese Gesellschaft in der Schweiz gegründet werden kann. Das rechtliche Problem ist in diesem Sinne zu prüfen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch die Eurofima in die Schweiz gekommen sei.

Herr von Moos schlägt vor, dass das VED einen Bericht erstatten soll über das Ergebnis der neuerlichen Prüfung.

Der Rat ist einverstanden.

U m f r a g e

Hr. S p ü h l e r

Schwierigkeiten mit Ungarn, Ausweisung Laszlo Istwan

Die Aussprache über den Antrag des EPD soll auf Montag verschoben werden.

Abschiedscocktail von Nuntius Pacini am 12. Juni

Herr von Moos und Herr Gnägi werden hingehen.

Abschiedscocktail Japan vom 9. Juni 1967

Herr Spühler und Herr Schaffner werden hingehen.

Hr. T s c h u d i

Besetzung der Bundeskanzlei im nächsten Jahr

Herr Tschudi stellt fest, dass wir zu Beginn des nächsten Jahres nur noch über den Vizekanzler verfügen werden. Wir haben bei der Bundeskanzlei keine Reserve. Die Expertenkommission Hongler verlange, dass man zwei Vizekanzler bezeichne. Im nächsten Jahr werde auch Herr Nef weg sein, deshalb sollte der Bundesrat rechtzeitig diese Situation besprechen und die möglichen Vorkehrungen treffen.

Beschluss: Dieses Problem soll an einer Extrasitzung am Freitag, 30. Juni zusammen mit den andern für eine solche Sitzung vorgesehenen Fragen behandelt werden. Nachher könnte man gemeinsam das Essen einnehmen.

Präsidialvorbringen

Abschiedscocktail Portugal, 27. Juni

An diesen Cocktail werden Herr Spühler und Herr Schaffner gehen, nachdem es sich um den Botschafter handle, der am längsten hier sei.

Aenderung des Münzgesetzes

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass wegen des Ansteigens des Silberpreises eine Hamsterung von Schweizer Silbermünzen festzustellen ist. Um diese Münzen den Einflüssen der Spekulation zu entziehen, soll die Aenderung eines Artikels des Münzgesetzes vorgeschlagen werden. Damit soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, den Metallgehalt der Silbermünzen festzusetzen.

In der Diskussion wird die Frage aufgeworfen, wie man den Räten diese Absicht mitteilen soll, ohne dass falsche Schlüsse über die Währungspolitik gezogen werden.

Der Rat gibt einer schriftlichen Ankündigung den Vorzug vor einer mündlichen Orientierung. Der Brief, in dem die Botschaft angekündigt wird, soll dem Bundesrat in der Montag-Sitzung vorgelegt werden.

Empfang von Kardinal Benno Gut durch die Gemeinde Einsiedeln

Die Gemeinde Einsiedeln hat angefragt, ob man nicht den Empfang durch den Bundesrat mit der Feier in Einsiedeln koordinieren könne.

Es wird beschlossen, das Schreiben zu verdanken und zu erklären, dass der Bundesrat es als gegeben erachte, dass er den Kardinal in Bern empfangen und die Gemeinde Einsiedeln eine selbständige Feier durchführen müsse.

5-Tagewoche, Frageschema

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass ein Frageschema aufgestellt worden sei, um die Meinungen des Bundespersonals zu erforschen.

Herr von Moos erkundigt sich, ob man dem Bundesrat diesen Fragebogen zeigen werde. Wenn die Umfrage allgemein gemacht würde, sollte man darauf aufmerksam machen, dass eine Beschränkung auf bestimmte Orte vorgesehen sei.

Nächste Sitzung Montag, 10 Uhr 00

* * *